

EU-Nachrichten 18 2018

KURZ & KNAPP

Richtigstellung 3

Klingelschilder müssen nicht entfernt werden

IM FOKUS

Kooperation mit Asien 5

Signal gegen Protektionismus und Abschottung

DiscoverEU 6

Weitere 12.000 Tickets für Reisen durch die EU

Die EU-Nachrichten werden grafisch und inhaltlich überarbeitet. Die nächste Ausgabe der EU-Nachrichten erscheint in frischem Design voraussichtlich im Dezember.

OBERSTES GERICHT POLENS

EuGH untersagt zwangsweise Pensionierungen

Die polnische Regierung darf die umstrittenen Bestimmungen zur Zwangspensionierung von Richtern am Obersten Gerichtshof ab sofort nicht mehr anwenden. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) auf Antrag der EU-Kommission angeordnet, um irreparablen Schaden für die Rechtsstaatlichkeit zu verhindern. Der Beschluss gilt rückwirkend für alle von der neuen Pensionsregelung bereits betroffenen Richter.

Der EuGH bestätigte damit die Ansicht der Kommission, dass das polnische Gesetz EU-Recht widerspreche, weil es die Unabhängigkeit der Justiz untergräbt, sagte Kommissionssprecher Margaritis Schinas. Wenn sich Warschau nicht an die Anordnung hält, kann die Kommission beim EuGH die Verhängung eines Zwangsgelds beantragen. Sie setze lieber aber auf weiteren Dialog zur Lösung des Streits, sagte Schinas.

[Zur Stellungnahme von Schinas](#)



So wie das Kolosseum in Rom will Italien auch die Staatsfinanzen sanieren. Entsprechende Vereinbarungen mit den EU-Partnern müssen eingehalten werden, fordert die EU-Kommission.

EU ACHTET AUF STABILE STAATSFINANZEN

Italien soll neuen Budgetentwurf vorlegen

Wenn an den Finanzmärkten Zweifel aufkommen sollten, ob Italien bei laxerer Haushaltspolitik seine hohe Schuldenlast langfristig schultern kann, könnte das zu Turbulenzen führen, die alle Euro-Staaten in Schwierigkeiten bringen. Damit das nicht passiert, hat die EU-Kommission den Haushaltsentwurf Italiens für 2019 zurückgewiesen und eine Überarbeitung binnen drei Wochen gefordert.

> Der Haushaltsplan 2019 stelle „einen besonders schwerwiegenden Verstoß gegen die haushaltspolitischen Empfehlungen des Ministerrates vom 13. Juli 2018 dar“. Diese waren von den EU-Staaten einstimmig – auch mit der Stimme Italiens – beschlossen worden.

Außerdem stellte die Kommission fest, „dass der Plan nicht mit den Zusagen in Einklang steht, die Italien im Rahmen seines Stabilitätsprogramms vom April 2018 gegeben hatte“. Es ist das erste Mal, seit es diese Möglichkeit im Stabilitäts- und Wachstumspakt gibt, dass die Kommission einen nationalen Haushaltsplan nicht akzeptiert und einen neuen Entwurf

fordert. EU-Wirtschafts- und Finanzkommissar Pierre Moscovici sagte, die Entscheidung dürfe niemanden überraschen, da der Haushaltsplan der seit Anfang Juni amtierenden italienischen Regierung eine „klare und vorsätzliche Abweichung“ von den Zusagen darstelle, die die Regierung im vergangenen Juli abgegeben hatte. „Doch schlagen wir die Tür nicht zu, sondern wollen unseren konstruktiven Dialog mit den italienischen Behörden fortsetzen“, sagte Moscovici. Er begrüße die entsprechende Zusicherung von Finanzminister Giovanni Tria. „Mit dieser Einstellung müssen wir nun in den kommenden Wochen vorankommen“, so Moscovici. >>

HAUSHALTSENTWURF ITALIENS FÜR 2019

Die Vorschläge aus Rom im Vergleich zu den Erwartungen der EU-Partner

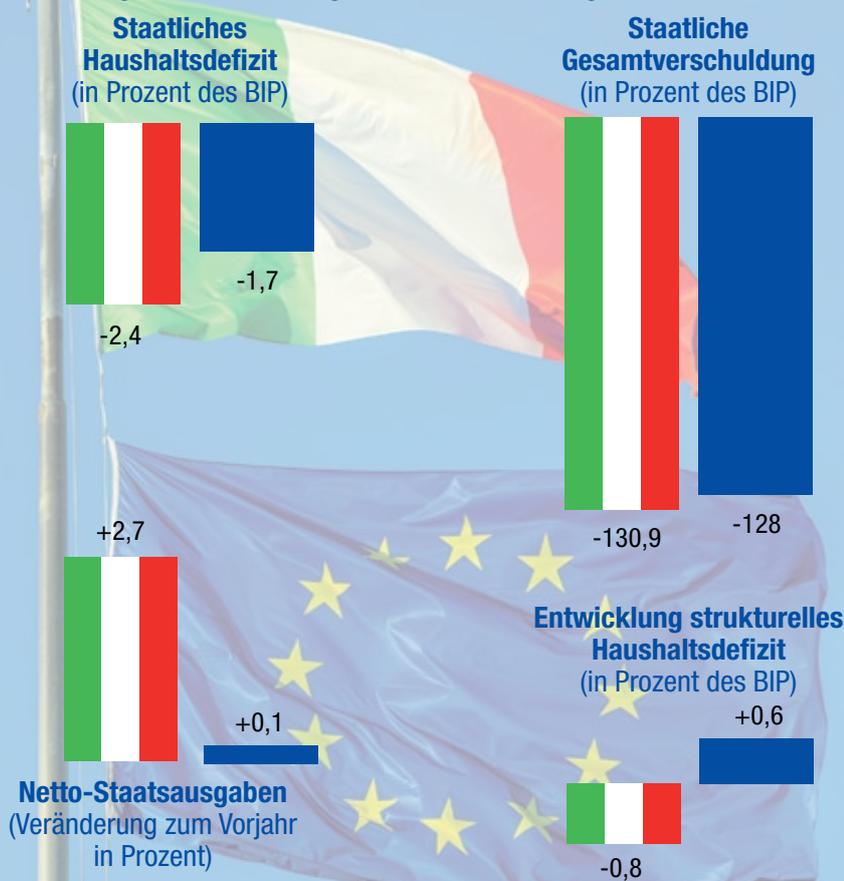


Bild: Shutterstock

Quelle: EU-Kommission, Haushaltsentwurf Italiens

Am stetigen Abbau der italienischen Gesamtverschuldung von 131,2 Prozent des BIP, der zweithöchsten Quote in der EU hinter Griechenland, gibt es nach Ansicht der Kommission aber Zweifel, da der Konsolidierungsplan auf „optimistischen Wachstumsannahmen“ beruhe. „Angesichts dessen sehen wir keine andere Möglichkeit, als die italienische Regierung aufzufordern, ihren Haushaltsplan für 2019 zu überarbeiten“, sagte Valdis Dombrovskis, der für den Euro und Finanzstabilität zuständige Kommissionsvizepräsident.

Unterstützung für Italien

Italien habe durchaus die Möglichkeit, 30 Mrd. Euro mehr auszugeben, sagte Juncker. Über die EU-Investitionsinitiative würden in Italien außerdem Investitionen von über 50 Mrd. Euro stimuliert, zudem erhalte das Land von 2014 bis 2020 aus den Struktur- und Investitionsfonds 44,7 Mrd. Euro und zur Unterstützung der großen italienischen Leistungen bei der Aufnahme von Migranten 872 Mio. Euro, so Juncker. Er erinnerte daran, dass er sich bei der Einführung des Euro als Vertreter Luxemburgs vehement dafür eingesetzt habe, dass Italien von Beginn an bei der Währungsunion dabei sein konnte.

Juncker sprach in Interviews auch über seine engen, persönlichen Verbindungen zu Italien. Im Luxemburger Süden habe es in seiner Jugend viele italienische Einwanderer gegeben, die meist in der Eisen- und Stahlindustrie gearbeitet hätten. Sie hätten mehr als andere Einwanderergruppen zum Wohlstand Luxemburgs beigetragen und er sei mit vielen italienischen Freunden aufgewachsen. Auch habe ein italienischer Bauarbeiter aus der Nachbarschaft ihm viel beigebracht, „vielleicht sogar mehr als mein Vater“, sagte Juncker. (frh) >

Italien muss Haushalt überarbeiten

Last der Schulden

Deutschland hat es geschafft, die in der Wirtschaftskrise 2010 auf 81 Prozent des BIP gestiegene Schuldenquote bis 2017 auf 63,9 Prozent zu reduzieren. In Italien ist die Schuldenquote in dieser Zeit von 115,4 auf 131,2 Prozent gestiegen. Durchschnittlich hat jeder Einwohner Italiens rund 37.000 Euro Schulden. Die Zinszahlungen für die Staatsschulden beliefen sich 2017 auf rund 65,5 Mrd. Euro – Geld, das für andere Ausgaben fehlt.

>> Solidarische Wirtschaftspolitik gefragt

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker unterstrich in Interviews mit italienischen Medien, dass die Idee des Euro die einer Währung sei, die keinem einzelnen Mitgliedstaat gehöre, sondern allen. Deswegen sei eine kollektive und solidarische Wirtschaftspolitik nötig. Die Italiener wüssten, dass sie auf Dauer nicht mehr ausgeben können, als in der Staatskasse sei, sagte Juncker.

Finanzminister Tria schrieb in den von der Kommission angeforderten Erklärungen zu den Abweichungen vom vereinbarten Haushaltskurs, dies sei eine „schwierige, aber notwendige Entscheidung“, um das hinter den Erwartungen zurückbleibende Wirtschaftswachstum zu beleben. Ziel sei es, zum Wirtschaftswachstum beizutragen und die Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu senken. Tria kündigte an, sollten sich das Haushaltsdefizit und die Verschuldung in den nächsten Jahren nicht wie geplant entwickeln, sehe sich die Regierung zum Eingreifen verpflichtet, um sicherzustellen, dass alle Ziele erreicht werden.

Mit der Erhöhung der Staatsausgaben um 2,7 statt höchstens 0,1 Prozent, wie von den EU-Finanzministern gebilligt, sollen auch Wahlversprechen der neuen Regierung eingelöst werden. Dazu gehören die Senkung der Steuern und die Erhöhung der Sozialausgaben.

„Selbstverständlich ist es das Vorrecht eines jedes Mitgliedstaats, Prioritäten festzulegen und die Zuweisung von Haushaltsmitteln zu bestimmen“, erklärte die EU-Kommission. „Doch müssen Verpflichtungen, die mit dem Ziel der finanziellen Tragfähigkeit eingegangen wurden und über die gemeinschaftlich entschieden wurde, ebenfalls eingehalten werden: Das ist die Logik der geltenden Regeln“, heißt es weiter.

„Ich respektiere Italien zutiefst. Ich wünsche mir, dass die italienische Regierung in gleichem Maße die EU respektiert“, sagte Juncker. Zu den gemeinsam von allen Mitgliedstaaten vereinbarten Regeln gehört, dass bedenklich hohe Staatsschulden kontinuierlich abgebaut werden müssen, bis sie die Grenze von 60 Prozent des BIP nicht mehr überschreiten.

MEDIENBERICHTE RICHTIGGESTELLT

EU-Recht verlangt keine Entfernung von Klingelschildern

Die seit Mai geltende EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) enthält keine Regeln für Namen auf Türschildern oder Briefkästen und verlangt auch nicht, dass diese entfernt werden. Das hat die Europäische Kommission klargestellt. Entsprechende Behauptungen in mehreren Medienberichten in Deutschland und Österreich seien schlicht und einfach falsch. Die EU-Kommission empfiehlt, sich bei Zweifeln zur Umsetzung der neuen Datenschutzregeln an die jeweils zuständigen nationalen Datenschutzbehörden zu wenden. Diese seien bereit, Ratschläge zu geben und Fehlinterpretationen der Regeln zu vermeiden.

Die Datenschutzgrundverordnung setzt hohe Standards für den Schutz personenbezogener Daten und klärt, aus welchen Gründen Daten erhoben und verarbeitet werden können. Der Grundsatz der Einwilligung ist

nur eine der Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung personenbezogener Daten. Ein weiteres ist das Prinzip des „berechtigten Interesses“. Dieses ist bei Klingelschildern laut Kommission gegeben, denn man müsse wissen, wer in einer Wohnung wohnt, um eine Person kontaktieren oder Post zustellen zu können. Hintergrund der Berichte war die Beschwerde eines Mieters in Wien über einen vom Vermieter angebrachten Namen an seinem Klingelschild. Daraufhin wurden über 200.000 Schilder entfernt – laut Bundesdatenschutzbeauftragtem unnötigerweise.

■ [Klingelschilder kein Fall für die DSGVO](#)



© Shutterstock

PRODUKTION VON BATTERIEN

EU-Kommission stellt weiteres Geld für Forschung in Aussicht

Mit Forschungsförderung und der Festlegung von Standards will die EU-Kommission dazu beitragen, eine eigenständige europäische Produktion von Batterien aufzubauen. Diese sind für die Entwicklung von Elektromobilität und klimafreundlichen Technologien grundlegend wichtig. Für den 24. Januar kündigte die Kommission die Ausschreibung von 114 Mio. Euro aus dem Forschungsprogramm „Horizont 2020“ für die Entwicklung von Batterietechnologien an. 2020 soll es nochmals 70 Mio. Euro geben, in der EU-Finanzplanungsperiode ab 2021 möchte die Kommission eine feste „Batterienpartnerschaft“ im Forschungsbudget einrichten, teilte sie nach einem Treffen der vor einem Jahr angeschobenen EU-Batterienallianz von Politik und Industrie mit.

Durch neue Ökodesign-Vorgaben sollen Mindeststandards für Leistung und Nachhaltigkeit von Batterien gesetzt werden, die in der EU auf den Markt kommen, hieß es weiter. Eine vorbereitende Studie dafür werde am 20. Dezember bei einer Branchenkonferenz in Brüssel präsentiert. Auch die Industrie habe in den vergangenen zwölf Monaten etliche Initiativen auf den Weg gebracht, bilanzierte der für die Energieunion zuständige Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič. „Ich bin stolz, die durch die Batterienallianz ausgelöste Dynamik zu sehen“, sagte er.

■ [Europäische Batterie-Allianz](#)

ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG

Deutschland investiert unterdurchschnittlich

Im vergangenen Jahr sind die EU-Staaten den beiden in der Wachstumsstrategie „Europa 2020“ festgelegten Bildungszielen schon recht nahe gekommen. Das geht aus dem Bildungsbericht 2017 der EU-Kommission hervor. Demnach liegt die durchschnittliche Quote der Schulabbrecher bei 10,6 Prozent. Ziel für 2020 ist ein Wert unter 10 Prozent. Bis dahin soll auch der Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit tertiärem Bildungsabschluss auf mindestens 40 Prozent gebracht werden. Derzeit sind es 39,9 Prozent. Deutschland hinkt hier mit 34 Prozent noch hinterher, schneidet dafür bei der Schulabbrecherquote mit 10,1 Prozent besser ab als der EU-Durchschnitt.

Die Investitionen in Bildung in Deutschland lagen 2016 mit 4,2 Prozent des BIP unter dem EU-Mittelwert von 4,7 Prozent. Der Bericht weist auch auf ein sinkendes Leistungsniveau bei Lese- und Rechenfähigkeit von Viertklässlern, auf Lehrermangel und eine hohe Auslandsmobilität der Studierenden hin. Der Anteil der Studierenden mit Auslandsaufenthalt lag in Deutschland 2016 bei 12,8 Prozent, die beliebtesten Ziele waren Frankreich, das Vereinigte Königreich und Spanien. Der für Bildung zuständige EU-Kommissar Tibor Navracscics zeigte sich zufrieden, dass die Mitgliedstaaten sich für die Vermittlung demokratischer Werte, Bürgerrechte und der Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements und von Inklusion einsetzten.

■ [Deutschland unter EU-Durchschnitt](#)

EU-PROGRAMM ERASMUS+

Aufbau „Europäischer Hochschulen“ wird gefördert

Bis 2025 soll in der EU ein europäischer Bildungsraum entstehen, zu dem auch „Europäische Hochschulen“ gehören. Im kommenden Jahr wird der Aufbau von Hochschulallianzen aus mindestens drei Einrichtungen aus drei Ländern mit 30 Mio. Euro aus dem Programm Erasmus+ unterstützt, gab die EU-Kommission bekannt. Für Allianzen, die ihre Tätigkeit zwischen dem 1. September und 1. Dezember 2019 aufnehmen, müssen entsprechende Förderanträge bis zum 28. Februar gestellt werden. Durch die Kooperation soll sich eine europäische Identität ausprägen und Exzellenz gefördert werden. „Wir arbeiten auf ein Europa hin, in dem Lernen, Studieren und Forschen nicht durch Grenzen blockiert werden“, sagte EU-Bildungs- und Kulturkommissar Tibor Navracscics. Die Initiative war beim EU-Sozialgipfel von Göteborg 2017 beschlossen worden.

Fördermittel aus dem Austauschprogramm Erasmus+ können auch alle öffentlichen oder privaten Einrichtungen in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport beantragen. Außerdem können Gruppen junger Menschen, die in der Jugendarbeit tätig sind, ohne eine Jugendorganisationen zu sein, Fördervorschläge einreichen. Die Möglichkeiten von Erasmus+ für Studierende, Praktikanten, Auszubildende oder Lehrkräfte werden in einem Programmleitfaden erklärt.

■ [Anträge für Erasmus+](#)

EU-Politik soll sparsamer und zugleich effizienter werden



Subsidiarität heißt, dass politische Entscheidungen in der EU dort getroffen werden sollen, wo das jeweils am effizientesten ist. Etwa im Stadtrat von München.

In der EU soll künftig umfassender geprüft werden, auf welcher politischen Ebene Entscheidungen getroffen werden sollten: auf europäischer, nationaler oder regionaler und kommunaler Ebene. Das schlägt die EU-Kommission in einer Mitteilung zur Subsidiarität vor. Zum Beispiel sollen Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit geplanter Initiativen nicht nur in Gesetzesvorschlägen, sondern auch in Auswirkungenstudien und erklärenden Dokumenten anhand eines „Musterrasters“ bewertet werden. Dieses Raster hat eine von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker eingesetzte Taskforce für Subsidiarität im Sommer vorgeschlagen.

> Auch delegierte Rechtsakte und Durchführungsbestimmungen sollen künftig daraufhin abgeklöpft werden, ob das Subsidiaritätsprinzip ausreichend beachtet wird. Dafür will die Kommission die Expertenrunde der so genannten REFIT-Plattform zur besseren Gesetzgebung umstrukturieren, die bürokratische Lasten durch EU-Gesetze bewertet. Dort sollen künftig Vertreter regionaler und lokaler Institutionen stärker vertreten sein. Auch will die Kommission die Ansichten nationaler Parlamente sowie regionaler und lokaler Vertretungen zu EU-Institutionen besser sammeln und einbeziehen.

All das soll dazu beitragen, dass die Kommission ihre politischen Prioritäten effektiver verfolgen kann. Diese müsse sich der Tatsache stellen, dass sie mit den derzeit zur Verfügung stehenden Mitteln nicht noch mehr tun könne, um den wachsenden Herausforderungen zu begegnen, erklärte Kommissionspräsident Juncker. „In Zukunft wird die Kommission ihre Maßnahmen und Ressourcen noch strategischer nutzen müssen“, sagte er.

Alle Institutionen in der Pflicht

Der für Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung zuständige Erste Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans, betonte, dass es beim Thema Subsidiarität nicht nur auf die Kommission ankomme. „Jeder muss in seinem Bereich Verantwortung übernehmen und damit bei der Konferenz anfangen, die die österreichische EU-Ratspräsidentschaft im nächsten Monat in Bregenz organisiert“, sagte Timmermans. Für diese Subsidiaritäts-Konferenz hat

die Kommission verschiedene Vorschläge gemacht, darunter folgende:

- > Alle Institutionen sollen erklären, ob sie das „Musterraster“ zur Subsidiaritätsprüfung anwenden.
- > Europaparlament und Ministerrat sollen ihre Änderungsanträge zu Kommissionsvorschlägen auf Auswirkungen auf Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit prüfen.
- > EU-Parlament und Rat sollen ihre Verfahren, z.B. Trilogverhandlungen, transparenter machen und lokale und regionale Akteure stärker in die Gesetzgebung einbeziehen.
- > Bei der 8-Wochen-Frist für Stellungnahmen nationaler Parlamente zu EU-Gesetzesvorschlägen soll die Ferienzeit über Weihnachten und Neujahr nicht mitzählen.
- > Der EU-Ausschuss der Regionen soll regionale und lokale Parlamente besser über ihre Einflussmöglichkeiten auf EU-Ebene informieren und ihren Input bündeln.

Arbeitsprogramm 2019 vorgelegt

Für das letzte Kalenderjahr ihrer Amtszeit plant die EU-Kommission noch 15 Initiativen in acht Politikfeldern. In ihrem Arbeitsprogramm 2019 kündigte sie Vorschläge zur Stärkung der internationalen Rolle des Euro an, zu ihrer Investitionsoffensive, zur Vertiefung des Binnenmarkts und zum Umgang mit hormonell schädigenden Substanzen.

Zur weiteren Entwicklung des digitalen Binnenmarkts strebt die Kommission einen koordinierten Ansatz bei der Entwicklung der

künstlichen Intelligenz an. Angekündigt wurden auch eine Strategie zur langfristigen Reduktion von Treibhausgasen. In der Steuerpolitik steht die Identifizierung von Bereichen, bei denen vom Einstimmigkeitsprinzip im Rat abgewichen werden soll, im Programm. Nach den Erfahrungen Polen und Ungarn soll zudem das Regelwerk zur Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden. Mit Blick auf den Ende März anstehenden Brexit sollen die EU-Ziele zur Energieeffizienz für 2030 an eine EU27 angepasst und die Visa-Politik gegenüber dem Vereinigten Königreich als Drittstaat festgelegt werden.

Zehn EU-Gesetze sollen 2019 im Interesse einer besseren Rechtsetzung auf den Prüfstand gestellt werden. Außerdem sollen zehn Gesetzesvorschläge zurückgezogen sowie sieben Richtlinien und Verordnungen aufgehoben werden, die obsolet geworden sind. (frh/ste) >

Subsidiarität weiter stärken

Subsidiaritätsprinzip

Das Subsidiaritätsprinzip besagt, dass Entscheidungen in der EU möglichst bürgernah getroffen werden und dass EU-Institutionen nur dann tätig werden, wenn sie effizienter handeln können als nationale, regionale oder kommunale Institutionen. Es ist, wie die Vorgabe der „Verhältnismäßigkeit“ der EU-Politik, in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankert.

EU sendet ein Signal gegen Protektionismus und Abschottung

Drei wichtige Abkommen mit Singapur unterzeichnet, Handels- und Investitionsabkommen mit Vietnam auf die Zielgerade gebracht, die Kooperation mit Südkorea vertieft und eine engere Vernetzung mit 21 Staaten in Asien und Ozeanien angeschoben: innerhalb weniger Tage hat die EU mit konkreten Schritten deutlich gemacht, dass sie sich nicht von der Welt abschotten will, sondern an fairen und fruchtbaren Beziehungen mit internationalen Partnern interessiert ist. Die EU wolle die angestrebte engere Kooperation mit Asien auf Achtung des Multilateralismus, der Regeln der Marktwirtschaft und internationalen Normen gründen, die Transparenz, Nicht-Diskriminierung und fairen Wettbewerb garantieren, sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker.



Textilien gehören zu den wichtigsten Waren, die Vietnam in die EU exportiert. Jetzt soll ein Handelsabkommen mit dem Land unterzeichnet werden.

> In einer Ansprache vor den Vertretern von 31 europäischen und 19 asiatischen Staaten sowie Australiens und Neuseelands, die am EU-Asien-Gipfel (ASEM) in Brüssel teilnahmen, erklärte er weiter, auch Datenschutz sei in seinen Augen sehr wichtig.

Dynamische Märkte in Südostasien

Die Handels- und Investitionsabkommen mit Vietnam, deren Unterzeichnung die Kommission den EU-Staaten vorgeschlagen hat, seien beispielhaft für die EU-Handelspolitik. „Sie bringen noch nie dagewesene Vorteile und Vergünstigungen für europäische und vietnamesische Unternehmen, Arbeitnehmer und Verbraucher. Dabei werden die wirtschaftlichen Unterschiede beider Seiten in vollem Umfang berücksichtigt“, sagte Juncker.

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström sprach von „enormen“ Geschäftsmöglichkeiten für Exporteure und Investoren aus der EU. „Bei diesem Land handelt es sich um eine der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften in Südostasien mit einem dynamischen Markt mit mehr als 95 Millionen Verbrauchern, einer sich entwickelnden Mittelklasse und einer jungen, dynamischen Erwerbsbevölkerung“, sagte die Schwedin.

Die Handelsvereinbarungen sehen außer dem Abbau nichttarifärer Handelshürden etwa im Automobilsektor den Wegfall fast aller Zölle vor. Vietnam wird seine Importzölle auf EU-

Erzeugnisse innerhalb von zehn Jahren abbauen. Die EU hat Übergangsfristen von bis zu sieben Jahren.

Deutsche Traditionsprodukte geschützt

Mit dem Abkommen werden auch 169 Nahrungsmittel und Getränke aus der EU mit geographischen Angaben geschützt. Von deutschen Erzeugnissen wurden Lübecker Marzipan, Nürnberger Rostbratwürste, Schwarzwälder Schinken, Bayerisches und Münchener Bier, Korn/Kornbrand sowie Wein aus Franken, Mittelrhein, Rheingau, Rheinhessen und von der Mosel in die Liste aufgenommen. Diese kann gegebenenfalls erweitert werden.

Vietnam ist nach Singapur der zweitgrößte Handelspartner der EU im Verband Südostasi-

atischer Nationen (ASEAN). Der Warenhandel beläuft sich auf jährlich 47,6 Mrd. Euro pro Jahr und der Handel mit Dienstleistungen auf 3,6 Mrd. Euro. Zu den wichtigsten EU-Einfuhren aus Vietnam zählen Telekommunikationsgeräte, Bekleidung und Lebensmittelerzeugnisse.

Mit Singapur wurden ein Handelsabkommen, ein Investitionsschutzabkommen und ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen unterzeichnet. Das Handelsabkommen gilt als erstes einer „neuen Generation“ bilateraler Abkommen. Neben der Abschaffung noch verbleibender Zölle und nichttarifärer Hürden für den Handel mit Waren und Dienstleistungen enthält es auch Bestimmungen über den Schutz des geistigen Eigentums, die Liberalisierung von Investitionen, die Vergabe öffentlicher Aufträge, den Wettbewerb und die nachhaltige Entwicklung. Das Abkommen wird von der EU als Türöffner zu den südostasiatischen Märkten gesehen.

Mit Südkorea gibt es bereits seit 2011 ein Freihandelsabkommen. Um dessen Umsetzung ging es nun beim Gipfeltreffen in Brüssel. Dabei wurden ein weiteres Luftfahrtabkommen paraphiert und eine gemeinsame Erklärung zum Vorgehen gegen illegale Fischerei unterzeichnet. Diskussionsthema waren auch die Bemühungen um friedliche Beziehungen und eine atomwaffenfreie Zone auf der koreanischen Halbinsel. (frh/ste) >

▮ *Asien-Europa-Treffen im Oktober*

ASEM-Gipfel

Die 52 Teilnehmerstaaten des EU-Asien-Gipfels (ASEM) stehen zusammen für 65 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung. Ihr Treffen stand unter dem Motto „Globale Partner für globale Herausforderungen“. Dazu zählt die EU etwa Klimawandel, Digitalisierung oder Cyberkriminalität. Die EU-Kommission stellte ihre neue Strategie zur engeren Vernetzung mit Asien vor und schaltete ein neues Online-Portal mit Daten über die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zwischen den beiden Kontinenten frei.

Weitere 12.000 Jugendliche können auf Entdeckungsreise durch EU gehen



Bis zu 30 Tagen (in der Regel mit dem Zug) durch die EU reisen: das erlaubt das Programm DiscoverEU 18-jährigen Europäerinnen und Europäern.

> „Sie haben die Reisefreiheit selbst erlebt, Europas einzigartige Vielfalt und kulturellen Reichtum entdeckt und Menschen aus anderen Ländern kennengelernt. Ich bin mir sicher, dass die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich ihr ganzes Leben an diese Erfahrung erinnern werden, und ich freue mich, dass wir im nächsten Jahr noch mehr jungen Menschen eine solche Gelegenheit bieten können“, sagte Navracsics.

Bewerbungen auch mit Freunden möglich

Interessierte können sich allein oder in Gruppen von bis zu fünf Personen bewerben. Das können Freunde und Bekannte sein, es können sich aber auch Jugendliche speziell für die Reise zusammenschließen, die sich noch nicht kennen, auch aus verschiedenen Mitgliedstaaten. Die Teilnehmer müssen am 31. Dezember 18 Jahre alt sein und zwischen dem 15. April und 31. Oktober 2019 Zeit für ihre Reise von bis zu 30 Tagen haben.

Informationsnetzwerk Eurodesk

„DiscoverEU“ geht auf einen Vorschlag des Europäischen Parlaments zurück. Das Jugendinformationsnetzwerk Eurodesk beantwortet die Fragen von jungen Menschen, Eltern und Fachkräften in Deutschland und gibt Tipps, welche Alternativen diejenigen haben, die sich nicht bewerben können oder kein Ticket gewinnen.

Die Bewerbung läuft über das Europäische Jugendportal. Dort sind fünf Multiple-Choice-Fragen zum Europäischen Kulturerbejahr 2018, zu EU-Jugendinitiativen und zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im kommenden Frühjahr sowie eine Zusatzfrage zu beantworten. Aufgrund der Antworten wählt ein Bewertungsausschuss die Bewerberinnen und Bewerber aus, die Reisegutscheine bekommen. In jedes EU-Land geht eine bestimmte Ticket-Anzahl, die vom Anteil des Staates an der Gesamtbevölkerung der Europäischen Union abhängt. Bewerber aus Deutschland werden deshalb die meisten Tickets erhalten. Von den 15.000 Gutscheinen für Reisen im Frühjahr gingen 2.427 nach Deutschland. Dafür hatte es über 19.600 Bewerbungen gegeben.

In der Regel sind die Tickets für Bahnreisen gedacht. Um jedoch in möglichst viele Ecken des Kontinents fahren zu können, dürfen die Teilnehmer auch andere Verkehrsmittel wie Busse, Fähren oder – ausnahmsweise – das Flugzeug benutzen, jeweils in der zweiten Klasse oder Economy Class. So sollen auch junge Menschen teilnehmen können, die in entlegenen Gebieten oder auf Inseln der EU leben. Der EU-Haushalt übernimmt nur die Reisekosten. Unterkünfte, Essen, Versicherungen, Eintrittspreise und anderes müssen selbst bezahlt werden. „DiscoverEU“ ist mit einem Budget von 12 Mio. Euro für 2018 gestartet. Die Kommission hat vorgeschlagen, von 2021 bis 2027 für das Programm 700 Mio. Euro bereitzustellen, was für 1,5 Millionen Reisegutscheine reichen würde.

Im kommenden Jahr können 12.000 weitere 18-Jährige mit dem Ticket EU-Travel-Pass einen Monat lang Europa entdecken. Zwischen dem 29. November und dem 11. Dezember können sich junge Leute über das Europäische Jugendportal um einen kostenlosen Reisegutschein aus dem Programm „DiscoverEU“ bewerben, teilte die EU-Kommission mit. Die ersten 15.000 Teilnehmer hätten in diesem Sommer erfahren „wie es sich anfühlt, Europäer zu sein“, sagte der für Jugend, Kultur, Bildung und Sport zuständige EU-Kommissar Tibor Navracsics.

Berichte in sozialen Netzwerken

Hauptziel der Initiative ist es, dass die Jugendlichen den kulturellen und landschaftlichen Reichtum Europas entdecken und viele Erfahrungen machen. Sie sollen bei ihrer Reise aber auch Botschafter für das Programm DiscoverEU sein, und die EU-Kommission ermutigt sie, ihre Erfahrungen mit anderen zu teilen. Zum Beispiel über Beiträge in sozialen Netzwerken wie Instagram, Facebook und Twitter oder durch eine Präsentation ihrer Erlebnisse in ihrer Schule oder ihrer Gemeinde. Es sind spezielle Facebook-Gruppen eingerichtet, denen sich die Teilnehmer anschließen können.

Stefan Iosif aus Rumänien gehörte zu den ersten Reisenden und nennt seine Tour durch Tschechien, Deutschland und die Niederlande „eines der tollsten Erlebnisse“, die er bisher hatte. „Ich war überrascht von der Schönheit der Städte, die ich besucht habe, von der Sauberkeit, der Architektur und der ganzen Kultur, die sie einhüllt“, sagte er. Auch Agathe Chevrier aus Frankreich und Rheannon Hazell aus Großbritannien haben unter anderem Deutschland besucht. Chevrier schwärmt von den Begegnungen mit vielen Menschen von den Landschaften und kulinarischen Entdeckungen. Hazell hat in zwei Wochen sechs Länder besucht „300 Kilometer bin ich gewandert und viele mehr per Zug gereist. Ich war allein unterwegs, aber ich habe überall so tolle Freunde gefunden“, berichtet sie. (frh) >

■ *Zweite Runde für DiscoverEU*

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 31.10.2018 18.30–20.30 Uhr	„ Fishbowl “-Diskussion: Europa vor der Wahl“ Podiumsdiskussion Veranstalter: EUROPE DIRECT Duisburg	Konferenz- und Beratungszentrum „Der Kleine Prinz“ Schwanenstraße 5-7 47051 Duisburg	www2.duisburg.de/micro2/europe_direct/
> 01.11.2018 11.45 Uhr	„ Ein Europa, das schützt: Katastrophenschutz und Humanitäre Hilfe “ Bürgerdialog in Kiel Veranstalter: Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland	Sparkassen-Arena Europaplatz 1 24103 Kiel	https://ec.europa.eu/germany/events/buergerdialog-kiel_de
> 03.11.2018 17.15 Uhr	„ LUX-Filmtag des Europäischen Parlaments “ Kulturveranstaltung Veranstalter: Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland	Kino „Babylon“ Rosa-Luxemburg-Straße 30 10178 Berlin	www.europarl.europa.eu/germany/de/presse-veranstaltungen/lux_2018_berlin
> 05.11.2018 11.30–14.15 Uhr	„ Soziales Europa. Hält Europa, was es verspricht? “ Bürgerdialog Veranstalter: Institut für Europäische Politik e.V.	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	http://iep-berlin.de/buergerdialog-soziales-europa/
> 05.11.2018 12.00–13.30 Uhr	„ Die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte “ Informationsveranstaltung Veranstalter: Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://eu-kommission.yve-tool.de/public_registration/invitations/1040899/edit?locale=de
> 05.11.2018 19.00–20.30 Uhr	„ Die Folgen der Kongresswahlen und das Verhältnis zwischen der EU und den USA “ Vortrag und Diskussion Veranstalter: Volkshochschule Essen, Europe Direct Essen	Volkshochschule Essen Burgplatz 1 45127 Essen	https://vhs-programm.essen.de/webbasys/index.php?kathaupt=11&knr=182.1A010F
> 06.11.2018 16.00–18.30 Uhr	„ Europa und Kommunen: Perspektiven einer Partnerschaft “ Vortrags- und Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europe Direct Stuttgart, Städtetag Baden-Württemberg	Rathaus Stuttgart Marktplatz 1 70173 Stuttgart	www.europe-direct-stuttgart.de/
> 12.11.2018 18.00 Uhr	„ Migration und Flucht: Wie soll die EU handeln? Was haben wir damit zu tun? “ Bürgerdialog in Teltow Veranstalter: Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland	Stadt Teltow Marktplatz 1-3 14513 Teltow	https://ec.europa.eu/germany/events/b%C3%BCrgerdialog-teltow_de
> 14.11.2018 16.00–19.00 Uhr	„ Digitalisierung und Arbeitsmarkt: Wie wird sich unsere Arbeitswelt verändern und wie bereiten wir uns darauf vor? “ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://ec.europa.eu/germany/events/digitalisierung-und-arbeitsmarkt_de
> 19.11.2018 18.00–20.00 Uhr	„ Kulturwunder Europa – Menschen, Bilder und Geschichten “ Lesereise mit Oliver Lück Veranstalter: Europe Direct Karlsruhe	Regierungspräsidium am Rondellplatz Karl-Friedrich-Straße 17 76133 Karlsruhe	https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/Abt2/Ref27/Seiten/Europaveranstaltungen.aspx

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

© Europäische Union, 2018

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24
• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook  und folgen Sie uns auf Twitter 

AUSLANDSAUFENTHALTE

Eurodesk-Umfrage untersucht Informationsquellen junger Leute

Eurodesk, die Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland, möchte gern wissen, wo sich junge Menschen über mögliche Auslandsaufenthalte informieren. Welche Informationen brauchen sie und wie können Jugendinformationsdienste wie Eurodesk ihre Angebote verbessern?

Das sind zwei der Fragen in einer Online-Umfrage, die bis zum 25. November Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 13 und 35 Jahren offen steht. Unter allen Teilnehmenden werden Geschenkgutscheine, etwa für Amazon, Netflix oder iTunes verlost.

■ [Zur Eurodesk-Umfrage](#)

HILFSMITTEL FÜR LEHRER

Arbeitsmappe soll Europas Kulturerbe in die Schule bringen

Gemeinsames europäisches Kulturerbe gibt es in Literatur, Malerei, Handwerk und Traditionen. Ein von der EU-Kommission für Lehrer entwickeltes Toolkit soll es Schülerinnen und Schülern ermöglichen, den Wert des gemeinsamen Kulturerbes zu entdecken und zu erforschen. Anlass ist das laufende Europäische Jahr des Kulturerbes. Das Lernmaterial richtet sich an Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 15 Jahren. Es besteht aus einem Onlinespiel, das auf unterhaltsame Weise an das Thema heranführen soll, und aus 15 Projektvorschlägen, die mit der Klasse oder in Arbeitsgruppen umgesetzt werden können.



Ein Vorschlag lautet etwa, lokale Denkmäler zu „adoptieren“. Nach einem Besuch des Denkmals und einer Recherche zu seiner Geschichte können die Schüler etwa Personen „zum Leben erwecken“, die mit dem Denkmal zu tun haben, zum Beispiel durch ein Theaterstück oder einen Film. Andere Projekte befassen sich mit Recherchen zu kulturellen Festen in Europa oder zu einigen der existierenden Kulturrouten Europas, etwa den mittelalterlichen Pilgerwegen.

■ [Toolkit für Lehrer](#)

**BÜRGERWERKSTATT AUSSENPOLITIK
Handlungsvorschläge für die
Europapolitik mitgestalten**

Wie kann sich die EU in der Welt behaupten und auf die zahlreichen internen und externen Herausforderungen reagieren? Und welche Rolle spielt Deutschland in der Europäischen Union? Alle Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren, die in Deutschland leben, haben am 7. Dezember die Gelegenheit, über diese Fragen zu diskutieren und der Bundesregierung Handlungsvorschläge für die Europapolitik zu machen. Rahmen dafür ist die „Bürgerwerkstatt Außenpolitik“ in Berlin. In Gruppen von rund 12 Personen sind hier Diskussionen mit Experten aus dem Auswärtigen Amt geplant.

Wer mitmachen möchte, kann sich bis zum 1. November über die unten angegebene Website bewerben. Dann wird eine Auswahl getroffen, da es nur Platz für 120 Teilnehmer gibt. Die Teilnehmer sollten fließend Deutsch sprechen. Organisationspartner des Auswärtigen Amtes ist die Stiftung Mercator. Kosten für die Unterkunft in Berlin und die An- und Abreise aus dem Inland werden erstattet.

■ [Zur Website der Bürgerwerkstatt](#)

ERLEICHTERUNG FÜR BÜRGER UND FIRMEN

Portal „Ihr Europa“ soll Hürden für Mobilität abbauen

Das neue digitale Zugangstor „Ihr Europa“ soll Bürgern und Unternehmen in der EU das grenzüberschreitende Leben und Arbeiten erleichtern. Das Portal soll Zugang zu Informationen über die Rechte auf Mobilität in der EU und zu vielen Online-Verwaltungsverfahren bieten. Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament stimmten dem Vorschlag der EU-Kommission zu. Ein Ziel ist es, dass Einzelpersonen und Unternehmen die gleichen Auskünfte nur einmal gegenüber der öffentlichen Verwaltung abgeben müssen.

Das kann Geschäfte von Unternehmen im Ausland betreffen, die Beantragung eines Wohnsitznachweises oder von Studienbeihilfen, die Anerkennung von akademischen Titeln, die Beantragung einer Europäischen Krankenversicherungskarte, die Zulassung eines Kraftfahrzeugs oder die Inanspruchnahme von Rentenleistungen. Nach der formalen Verabschiedung müssen die Verwaltungen die Online-Funktionen schrittweise innerhalb von fünf Jahren bereitstellen.

■ [Digitales Zugangstor „Ihr Europa“](#)